

Finanzplatz Österreich: Studie zeigt weiteres Entwicklungspotential auf

Studie zum Finanzplatz Österreich unterstreicht die Notwendigkeit des Maßnahmenpaketes der Bundesregierung vom Juli und zeigt weitere Ansätze zur Stärkung der Wirtschaft bis 2030.

Ein leistungsfähiger Finanzplatz ist entscheidend für Wachstum und Stabilität eines Landes. Insbesondere wohlhabende und innovative Länder brauchen ein hoch entwickeltes Finanzsystem. Das bestätigt eine aktuelle Studie von Christian Keuschnigg, Universität St. Gallen und Wirtschaftspolitisches Zentrum Wien. Vorgestellt wurde diese am Montag, dem 29. August 2016, im Rahmen des FJF Finanzjournalistenforums auf Einladung von Martin Kwauka und der Verlagsgruppe NEWS.

Für den österreichischen Finanzplatz stellt Keuschnigg in der Studie zehn Thesen rund um die Themen Regulierung, Besteuerung und institutionelle Reformen auf. Gleichzeitig unterstützt dieses Zehn-Punkte-Programm für den Finanzplatz Österreich im Jahr 2030 den weiteren Weg Österreichs zu einem führenden Innovationsland.

Mit gestärktem Finanzplatz das Niveau der österreichischen Wirtschaftsleistung steigern

Beschäftigung entsteht mit Investitionen, und Investitionen benötigen Finanzierung. „Die Notwendigkeit eines wettbewerbsfähigen Finanzplatzes für Wachstum, Beschäftigung und Stabilität ist gerade heute besonders hoch. Mit einem ehrgeizigen Reformprogramm können Wachstum und Stabilität der heimischen Wirtschaft weiter gestärkt werden“, so Keuschnigg. „Angesichts der Ergebnisse der empirischen Forschung ist ein Anstieg der Wachstumsrate um einen halben Prozentpunkt bis 2030 realistisch. Wenn Österreich über 15 Jahre um 0,5 Prozent schneller wächst als der Durchschnitt der Eurozone, könnten die kumulativen Wachstumsgewinne das BIP-Niveau 2030 relativ zur Eurozone um acht Prozent steigern.“

Reform der Bankenabgabe – Eine gute Entscheidung für den Standort Österreich

Wachstum setzt stabile Finanzierung voraus. Um Haushalten und Unternehmen passende Finanzierungsmöglichkeiten bieten zu können, braucht es wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für Banken und einen liquiden Kapitalmarkt. „Diese Studie zeigt erneut, wie wichtig wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für Banken sind. Sie unterstreicht klar Richtigkeit und Wichtigkeit der Beschlüsse der Bundesregierung vom Juli, allen voran die Anpassung der Bankenabgabe an europäische Gegebenheiten. Damit hat die Bundesregierung auch ein überzeugendes Signal für einen wettbewerbsfähigen Finanzplatz und zusätzliche Wachstumsimpulse gesetzt“, so Franz Rudorfer, Geschäftsführer Bundessparte Bank und Versicherung der WKO.

Kapitalmärkte ausbauen, um den Wachstumsmotor anzukurbeln

Die Ergebnisse der Studie zeigen einmal mehr, dass die steuerliche Diskriminierung von Eigenkapital beseitigt werden muss, wenn Österreich als Innovationsvorreiter in einer internationalen Liga mitspielen möchte. „Die steuerliche Gleichstellung von Fremd- und Eigenkapital ist ein wichtiger Schritt, auch Klein- und Mittelbetrieben in Österreich den Weg an die Börse zu ebnen. Die damit ausgelösten Investitionen – ohne neue Verschuldung – sind der Wirtschaftsimpuls den wir jetzt brauchen“, unterstreicht Ludwig Nießen, Vorstandsmitglied der Wiener Börse.

„Auf dem österreichischen Kapitalmarkt fehlen ausreichend attraktive Rahmenbedingungen für große, institutionelle Anleger, wie beispielweise Pensionskassen und Versicherungen. Um in Österreich den

Wachstumsmotor anzukurbeln, gilt es, den Kapitalmarkt auszubauen. Wie die Keuschnigg-Studie erkennen lässt, ist das Finanzierungsvolumen der Kapitalmärkte zu gering“, erklärt Andreas Zakostelsky, Mitglied des Finanzausschusses des Österreichischen Nationalrates. Besonders innovative Unternehmen und Branchen haben ein höheres Risiko und brauchen daher mehr Eigenkapital als andere. Erst mit mehr Eigenkapital wird auch mehr Kredit möglich, um Investitionen zu finanzieren. Deshalb spielen die Kapitalmärkte in Innovationsländern eine stärkere Rolle als in anderen. „Wenn Österreich hier aufschließen möchte, führt kein Weg an weiteren Reformen im Finanzbereich vorbei. Um dies mit Nachdruck zu verfolgen, schlage ich die Wiedereinführung eines Kapitalmarktbeauftragten der Bundesregierung vor“.

Die Initiative „Finanzplatz Österreich“ ist ein Zusammenschluss aus rund 20 namhaften Akteuren am österreichischen Finanzplatz, von heimischen Banken bis zur Wiener Börse, ebenso wie Versicherungen und Pensionskassen. Diese Gruppe hat die vorliegende wissenschaftliche Studie auf international hohem Niveau initiiert. Ziel ist es laut Zakostelsky, „damit in den Dialog mit den Entscheidungsträgern sowie Stakeholdern einzutreten und damit einen positiven Impuls für eine weitere Attraktivierung des Finanzplatzes zu setzen“.

Zehn-Punkte-Programm für den Finanzplatz Österreich im Jahr 2030

Diese Maßnahmen - vorgeschlagen für den Zeitraum bis 2030 – können laut Studie ein weiterer Beitrag für Wachstum und Stabilität der österreichischen Wirtschaft sein und umfassen folgende Punkte:

1. Die verbesserte Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung hat die Stabilität der Banken weiter gestärkt. Weitere Umsetzungsschritte stehen im europäischen Gleichklang bevor.
2. Mit der Bankenunion, einheitlicher Aufsicht, dem Abwicklungsmechanismus und der harmonisierten Einlagensicherung, wird eine Selbstversicherung der Banken verwirklicht. Damit trägt der Bankensektor die gesellschaftlichen Kosten des Bankgeschäfts selbst.
3. Auf einen speziellen Österreich-Zuschlag zu den Kapitalanforderungen relativ zu anderen Ländern kann aus Wettbewerbsaspekten verzichtet werden. Die Ziele dieses „Austrian Finish“ werden mit den anderen Reformvorschlägen verwirklicht.
4. Lenkungssteuern, wie die Stabilitätsabgabe, haben ihre Berechtigung verloren. Sie wirken diskriminierend und kontraproduktiv, weil der Lenkungszweck bereits durch Regulierung erfüllt ist. Mit der Reform der Bankenabgabe hat die Bundesregierung diesem Gedanken bereits Rechnung getragen.
5. Der steuerliche Verschuldungsanreiz ist in der Unternehmensbesteuerung durch Einführung eines Steuerabzugs einer normalen Eigenkapitalrendite zu beseitigen. Die steuerliche Diskriminierung des Eigenkapitals steht dem Anliegen der Regulierung, die Krisenrobustheit von Unternehmen und Banken zu fördern, diametral entgegen.
6. Die steuerliche Diskriminierung riskanter Anlagen, wie Aktien und Beteiligungen, ist durch Einführung eines vollen Verlustausgleichs und Verlustvortrags zu beseitigen, um die Bereitschaft der Anleger zu fördern, Risiken zu übernehmen und Risikokapital bereitzustellen.
7. Es soll ein moderater Ausbau einer kapitalgedeckten Säule des Pensionssystems erfolgen, um mehr Anlagekapital auf den Kapitalmarkt zu lenken. Hauptzweck ist, die Sicherung der Pensionseinkommen auf mehrere Beine zu stellen.
8. Eine groß angelegte Überprüfung des Investorenschutzes und der Unternehmenskontrolle sollte feststellen, ob die österreichischen Regelungen dem internationalen „Best-Practice“ entsprechen. Ein klares Kapitalmarktrecht mit einem weitgehenden Investorenschutz ist eine Voraussetzung für das Vertrauen der Anleger und ist unerlässlich, um mit mehr Investitionssicherheit die Kapitalmarktentwicklung zu forcieren.
9. Der Markt für privates Wagniskapital soll ausgebaut werden. Technologietransfer und Abbau bürokratischer Gründungshemmnisse können zusammen mit den Reformen fünf bis acht sowohl Angebot als auch Nachfrage nach Risikokapital multiplizieren.
10. Mit einer Informationskampagne soll das Finanzwissen gesteigert werden. Damit können die Privatanleger für Anlagemöglichkeiten mit anderen Wertpapieren jenseits des Sparbuchs für eine

Rückfragehinweis:

FJF Finanzjournalistenforum
DI. Martin Kwauka
office@kwauka.com
+43 664 252 85 18

Zum Inhalt der Studie:
Professor Dr. Christian Keuschnigg
Universität St. Gallen und
WPZ – Wirtschaftspolitisches Zentrum Wien
Tel.: +43 699 104 94 150
Website: www.wpz-fgn.com
Email: office@wpz-fgn.com

Ab Dienstag, dem 30. August ca. 12 Uhr wird auf der Webseite sowohl die Kurz- als auch die Langfassung der Studie verfügbar sein.